



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Martin Rüegg, SP-Fraktion: Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II**

Autor/in: [Martin Rüegg](#)

Mitunterzeichnet von: Sara Fritz (EVP), Hans Furer (glp), Sabrina Mohn (CVP), Marc Bürgi (BDP), Dominik Straumann (SVP), Balz Stückelberger (FDP), Jürg Wiedemann (Grüne); Bammatter, Brassel, Bühler, Dedeoglu, Huggel, Koch, Küng, Maag, Meschberger, Münger, Pfaff, K Schweizer, H. Schweizer, Würth, Zemp

Eingereicht am: 24. Januar 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Im September 2010 haben sich die Stimmberechtigten des Kantons Baselland für die Harmonisierung des Bildungsraums Nordwestschweiz und somit für ein neues, einheitliches Schulsystem ausgesprochen. In der Vernehmlassung zur neuen Stundentafel an den Gymnasien hat sich der Jugendrat BL für die Einführung eines Schulfaches im Bereich der politischen Bildung auf der Sekundarstufe II ausgesprochen. Es wurden auch bereits mehrere Petitionen mit der Forderung nach verbesserter politischer Bildung von Jugendlichen über den Jugendrat direkt an die Regierung eingereicht, wie zum Beispiel am Jugendforum 2010. Leider auch da ohne Erfolg.

An diversen Veranstaltungen (z.B. Jugendforum), die vom Jugendrat organisiert wurden, konnte festgestellt werden, dass die Jugendlichen nur geringe politische Kenntnisse mitbringen. In einem simplen Quiz mit elementaren Fragen zur Schweizer Politlandschaft (z.B. "Wie viele Mitglieder hat der Nationalrat?", "Nenne die sieben Bundesräte.") ergaben sich ernüchternde Ergebnisse. Lediglich 2 von 89 Teilnehmenden erreichten die Höchstpunktzahl. Der klassische Staatskunde-Unterricht im Fach Geschichte scheint also nur ungenügend auf die politischen Realitäten vorzubereiten.

Auf der Sekundarstufe II erfahren alle Schülerinnen und Schüler eine Einführung in "Wirtschaft und Recht". Ebenso wichtig ist eine Einführung in "Staatskunde und Politik". Die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Fragen ist von grundlegender Bedeutung in unserem Gesellschaftssystem.

Der Regierungsrat wird deshalb beauftragt, eine Einführung in "Staatskunde und Politik" auf der Sekundarstufe II (v.a. FMS, Gymnasium, WMS) für alle Schülerinnen und Schüler zu prüfen und dem Landrat darüber zu berichten.